

SPD demokratischer pressediens

Gemeinschaftsaufgaben fordern finanzielle Opfer

Gruppeninteressen müssen entschlossen zurückgedrängt werden

Von Bürgermeister Hans Koschnick
Präsident des Senats der Freien Hansestadt
Bremen, Präsident des Deutschen Städtetages
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 bis 3 / 99 Zeilen

Leider haben die Emotionen gesiegt

Zum Negativausgang des EWG-Referendums in
Norwegen

Von Dr. Hans Apel
Mitglied des Gemeinsamen Ausschusses von
Bundestag und Bundesrat

Seite 4 / 28 Zeilen

Bildungsreform auf CDU-Schwäbisch

Stuttgarter CDU-Regierung zwischen Plan
und Wirklichkeit

Von Dr. Rolf Meinecke
Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundes-
tagsfraktion

Seite 5 / 46 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und Ein-
----- gliederung"

Gemeinschaftsaufgaben fordern finanzielle Opfer

Gruppeninteressen müssen entschlossen zurückgedrängt werden

Von Bürgermeister Hans Koschnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Präsident
des Deutschen Städtetags und Mitglied des SPD-Vorstandes

Unsere Gesellschaft ist eine Gesellschaft im Wandel. Anfang
des Jahrhunderts lebten knapp fünf vH. der Bevölkerung in den
Städten. Heute sind es schon 50 vH; im Jahre 2000 werden es
90 vH. sein. Gleichzeitig ist die Mobilität der Menschen gewach-
sen. Neue Verkehrsmittel lassen die Entfernungen schrumpfen.
Die technische und industrielle Revolution ist im vollen Gange.
Die Naturwissenschaft stößt neue Horizonte auf.

All dies ist ganz selbstverständlich nicht ohne Auswirkun-
gen auf unsere individuelle und unsere soziale Existenz geblie-
ben. Vieles hat sich zum Besseren gewendet; aber die Kehrseite
der Medaille ist auch nicht zu übersehen:

Vermassung auf der einen Seite, individuelle Vereinsamung
und Isolierung auf der anderen Seite, schwackende Wertmaßstäbe
und das Unvermögen, rechtzeitig neue Normen für ein vernünftiges
und sinnvolles Zusammenleben zu akzeptieren, sind ebenso ein Kenn-
zeichen unserer heutigen gesellschaftlichen Existenz wie das ver-
zweifelte Bemühen einzelner Privilegierter, ihre Vorrechte um je-
den Preis zu erhalten, auch wenn dabei die Gemeinschaft irrepara-
ble Schäden erleiden sollte.

Wir alle erleben heute das Ringen um neue Wertmaßstäbe.
Zum Teil sind wir selbst engagiert. Es geht darum, die Qualität
des Lebens nicht mehr - wie in der Vergangenheit - allein vom
wirtschaftlichen Erfolg, vom materiellen Wohlergehen des einzel-
nen her zu sehen und zu messen. Lebensqualität muß vielmehr da-
nach bemessen werden, wie der einzelne auf Dauer in der Gemein-
schaft existieren kann. Daher ist es Aufgabe der Politik, durch

Überzeugung, Aufklärung und allgemeinverbindliche Entscheidungen die Grundlage für eine gemeinschaftsbewußte und damit gemeinschaftsbezogene Existenz zu sichern.

Gemeinschaftsaufgaben -

das sind familiengerechte Wohnungen;

das sind Kindergärten, Schulen und auch Universitäten;

das sind Krankenhäuser und Alterseinrichtungen;

das sind Freizeitstätten, nicht zuletzt die vielen kulturellen Einrichtungen, angefangen bei der Bibliothek bis zum Theater;

das sind die öffentlichen Verkehrsmaßnahmen, die eben nicht mehr vorrangig vom Straßenbau geprägt sein dürfen, sondern die qualifizierte öffentliche Nahverkehrseinrichtungen gewährleisten, und

das ist ein Maximum von Beförderungsleistung bei einem Minimum von Umweltbelastung.

Das alles ist notwendig zur Sicherung menschenwürdigen Zusammenlebens.

Wir müssen daher in aller Eindringlichkeit die Bürger unseres Staates - und zwar alle Bürger - vor die Frage stellen, ob sie bereit sind, für die wichtigen Gemeinschaftsaufgaben auch finanzielle Opfer zu bringen. Es wird nämlich in Zukunft darauf ankommen zu verzichten:

Entweder auf einen Teil privaten Konsums zugunsten gemeinschaftlicher Investitionen im Bildungsbereich, im Städtebau, im sozialen und gesundheitlichen Bereich,

oder aber Verzicht zu leisten auf mehr und bessere Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, zu verzichten auf die gesunde menschenwürdige Stadt von morgen.

Daß wir verzichten müssen, ist unbestritten. Über das Wie, über das Wo und über den Umfang mag diskutiert werden. Nur glaube ich, daß die breite Masse der Bevölkerung inzwischen längst begriffen hat, daß es unredlich von einem Politiker ist, von der Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse, von den Reformen auf wichtigen Gebieten zu sprechen, wenn er nicht gleichzeitig die da-

für benötigten Mittel erwähnt.

Wir wissen inzwischen alle, daß wir für die öffentliche Hand - d.h. für Bund, Länder und Gemeinden - langfristig mehr Mittel brauchen, wenn wir einen modernen Städtebau betreiben, ein vernünftiges Verkehrssystem, ein chancengleiches Bildungssystem und eine vernünftige Sozialordnung ausbauen wollen. Mehr Mittel bedeuten eine größere öffentliche Verschuldung, möglicherweise auch die Streichung inzwischen unnötig gewordener Subventionen, und das heißt: höhere Steuern. Diese höheren Steuern sollten nur auf zweierlei Wegen aufgebracht werden. Zunächst gilt es, unser Steuersystem gerechter zu machen und diejenigen stärker zur Kasse zu bitten, die viel verdienen, und Entlastungen für diejenigen vorzusehen, deren Einkommen gering ist; zum anderen aber wird wegen des Umfangs der öffentlichen Dienstleistungen auch jeder einzelne nicht darum herumkommen, von seinem steigenden Lebensinkommen einen prozentual größeren Teil an die Gemeinschaft abzutreten als es in der Vergangenheit der Fall war.

Gleichzeitig müssen wir uns mit Entschiedenheit gegen diejenigen wehren, die selbst zu einer finanzstarken Oberschicht gehören und diese Forderungen als unsolide Finanzpolitik abtun.

Wer die öffentlichen, gemeinschaftsfördernden Investitionen reduzieren will und den Vorrang der privaten Wirtschaft vor der öffentlichen Hand betont, dem muß folgendes erwidert werden:

Wer für sich soviel Geld hat, daß er sich einen eigenen Gesundheitsdienst leisten kann, wer phantastisch wohnt und privat alles das anschaffen kann, was er haben möchte, aber zugleich die Verwirklichung einer gerechteren Sozialordnung als öffentlichen Luxus kritisiert, der beweist nur, daß er handfeste Gruppen- oder Eigeninteressen vertritt.

Politik für den Menschen aber kann sich nicht orientieren an Gruppeninteressen. Sie muß sich orientieren an den Erwartungen, den Ansprüchen und den Forderungen der breiten Mehrheit unserer Bevölkerung. Das ist die Voraussetzung dafür, daß wir von Gemeinschaftsaufgaben nicht nur sprechen, sondern sie auch verwirklichen.

(-/ex/26.9.1972/byj)

+ + +

Leider haben die Emotionen gesiegt

Zum Negativausgang des EWG-Referendums in Norwegen

Von Dr. Hans Apel

Mitglied des Gemeinsamen Ausschusses von Bundestag und Bundesrat

Nach einer mit allen Mitteln der Demagogik und der Verdrehung geführten Kampagne hat sich die Mehrheit der Norweger gegen einen Beitritt ihres Landes zur EWG ausgesprochen. Die Konsequenzen für Norwegen aber auch für die EWG sind unüberschbar, denn der Weg der westeuropäischen Integration geht auch ohne Norwegen weiter. Die Gemeinschaft wird zur Abwehr des gegen ihre Reedereien gerichteten Flaggenprotektionismus ihr Potential im Welthandel einsetzen. Die Norweger bleiben draußen. Die Gemeinschaft wird ihre eigene Fischereipolitik weiterentwickeln. Die Norweger sind nicht dabei.

Norwegen hat mehrheitlich gegen seine eigenen Interessen entschieden.

Dennoch steht es uns nicht zu, nun die Tür zuzuschlagen. Hat sich nicht vielleicht auch die unmögliche Forderung eines Mitgliedsstaates nach Aufnahme Spaniens in die EWG kurz vor dem Referendum in Norwegen negativ auf das Abstimmungsergebnis ausgewirkt? In jedem Falle ist Europa so klein und so sehr miteinander verbunden, daß die Sorgen und wirtschaftlichen Nöte unserer Nachbarn zwangsläufig uns mittreffen. Auch ohne das Beschwören der Solidarität der westeuropäischen Staaten führt uns unser nüchterner Verstand und unser Eigeninteresse zu der Überzeugung, den Norwegern weiter zu helfen.

Dazu ist das sachliche und fortlaufende Gespräch mit allen skandinavischen Politikern erforderlich. Dazu brauchen wir Übergangsregelungen bis zum unvermeidlichen EWG-Beitritt Norwegens. Dem ewig Gestrigen, den Kurzsichtigen und den Demagogen darf von uns nicht noch nachträglich eine Basis für ihre Verdächtigungen und Verzerrungen geliefert werden. (-/ex/26.9.1972/ks)

Bildungsreform auf CDU-Schwäbisch

Stuttgarter CDU-Regierung zwischen Plan und Wirklichkeit

Von Dr. Rolf Meinecke

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

In Baden-Württemberg ist alles schon "längst in der Verwirklichung begriffen", was der Bildungsgesamtplan für die anderen Bundesländer erst als Zukunft skizziert; so lobte der Stuttgarter CDU-Kultusminister Prof. Dr. Hahn die von ihm seit langem vertretene "ländliche" Bildungspolitik. Die Seifenblase, die er in mancher Debatte vorzugaukeln warbe, ist inzwischen geplatzt. Der Landesrechnungshof hat in einer Denkschrift festgehalten, daß in Baden-Württemberg Schulgebäude teilweise oder ganz leerstehen. Genaue Zahlen konnte er leider nicht angeben, denn die Schul- und Kultusverwaltung konnte sie ihm nicht nennen. Sie waren "statistisch nicht festgehalten".

In einem Land, in dem noch nicht einmal ordentliche Zahlen über Millionenwerte an öffentlichen Vermögen, das brach liegt, zu erhalten sind, ist gut von Reform zu sprechen, denn sie ist dort sicher dringender als anderswo nötig. Daß dieses gerade in Schwaben passieren muß, entbehrt nicht der Pikanterie.

1964 war mit der Reform des Bildungswesens in Schulentwicklungsplänen begonnen worden. Aber noch danach hat man Schulen falsch gebaut, die schon heute nicht mehr benutzt werden. Eine respektable "Reform"!

In der Zahl der Schüler je Klasse liegt Baden-Württemberg noch immer weit hinten. Während im "armen" Niedersachsen im Schuljahr 1969/70 durchschnittlich 30,4 Schüler in Grund- und Hauptschulen eine Klasse ausmachten, waren es in Baden-Württemberg fast 35; in den Gymnasien Niedersachsens kamen 27,7 Schüler auf eine Klasse, in Baden-Württemberg 29,4 und in den Berufsschulen waren in Niedersachsen im Durchschnitt 21,5 Schüler in einer Klasse, in Baden-Württemberg hingegen 23,3. Ist das die Folge des vom Kultusministers so hoch gelobten Schulentwicklungsplans II?

Einen "besonderen Schwerpunkt" hat man in Baden-Württemberg "darin gesehen, die Benachteiligungen einzelner Regionen und sozialer Gruppen im Bildungswesen abzubauen". Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, denn auch die CDU will Chancengleichheit im Bildungswesen, so behauptet sie jedenfalls. Aber sowohl das regionale Gefälle zwischen Stadt und Land, zwischen Heidelberg und Bruchsal, zwischen Pforzheim-Stadt und Pforzheim-Land sind geblieben, wie auch das - trotz aller gegenteiligen Beteuerungen - soziale Gefälle. Die Zahl der Gymnasiasten aus Arbeiterfamilien stagniert seit Jahren.

Es sieht so aus, als hätte man in Baden-Württemberg völlig an den Realitäten vorbeigeplant. Schulen, die leerstehen, Versprechungen, die wie Seifenblasen platzen, das ist die schwäbische Bildungsreform. Nur zu gut ist daher zu verstehen, daß Kultusminister Prof. Hahn einer von den Wortführern war, die in den Beratungen der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung alle Reformen zu bremsen suchten, denn sie hätten ihn und sein Land wahrscheinlich überfordert.

(-/ex/26.9.1972/ks)